

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004147/2020
an die Kommission**

Artikel 138 der Geschäftsordnung

Sophia in 't Veld (Renew), **Vladimír Bilčík** (PPE), **Konstantinos Arvanitis** (GUE/NGL), **Malin Björk** (GUE/NGL), **Katarina Barley** (S&D), **Roberta Metsola** (PPE)

Betrifft: Ausarbeitung gemeinsamer Sicherheitskontrollen im Zusammenhang mit den Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren

Nach der Veröffentlichung ihres Berichts über Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren in der Europäischen Union vom Januar 2019 setzte die Kommission eine Gruppe von Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten ein, die sich mit den spezifischen Risiken der Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren – den „goldenen Visa“ und „goldenen Reisepässen“ – befassen sollte. Die Sachverständigengruppe wurde damit beauftragt, bis Ende 2019 gemeinsame Sicherheitskontrollen im Zusammenhang mit den Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren auszuarbeiten, die u. a. Verfahren für die Bewältigung von Sicherheits-, Geldwäsche-, Steuerhinterziehungs- und Korruptionsrisiken umfassen sollten.

1. Kann die Kommission angesichts der Tatsache, dass die Vorgaben des Berichts nicht fristgerecht umgesetzt wurden, klarstellen, wann die gemeinsamen Sicherheitskontrollen vorgelegt werden?
2. Die Gruppe ist 2019 vier Mal zusammengetreten. Kann die Kommission offenlegen, welche Mitgliedstaaten aktiv an den Sitzungen teilgenommen haben und welche Mitgliedstaaten die Ausarbeitung gemeinsamer Sicherheitskontrollen im Zusammenhang mit den Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren verzögert haben?
3. Welches waren die bisherigen konkreten Ergebnisse der Sitzungen, und – falls noch keine greifbaren Ergebnisse erzielt worden sind – welche weiteren Maßnahmen will die Kommission zur Bewältigung der Risiken der Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren ergreifen?